

## **Inhalt**

- I Es geht um Rassismus! Grundlagen eines Begriffes – 5
- II Interviews mit Betroffenen von rassistischer Diskriminierung – 9
- III Rassistische Diskriminierung in Leipzig: eine Bestandsaufnahme – 14
- IV Gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten:  
Kommunale Antidiskriminierungsarbeit – 20
- V Was tun bei rassistischen Vorfällen? – 23



»Gegen rassistische Diskriminierung kann man nichts machen, man muss damit umgehen!«

So entstand die Idee, Vorfälle rassistischer Diskriminierung in Leipzig zu recherchieren und zu dokumentieren. Dieses Vorhaben wurde über eine kontinuierliche Erhebung im Jahr 2006 umgesetzt, an der sich mehrere Vereine und Organisationen mit Bezug zur Migrations- und Integrationsarbeit beteiligten. Es wurden Fälle von rassistischer Diskriminierung und Alltagsrassismus gesammelt, die den MitarbeiterInnen bei ihrer Tätigkeit bekannt wurden, unabhängig von der strafrechtlichen Relevanz der Ereignisse. Die Ergebnisse sowie die Schwierigkeiten, die sich bei der Erhebung ergaben, werden in dieser Broschüre dargestellt. Da die Arbeit an der Falldokumentation zum Thema »Rassismus« in Leipzig noch relativ am Anfang steht, sind die Ergebnisse nur begrenzt an den Zahlen festzumachen. Uns erschien es deshalb sinnvoll, unsere Ergebnisse theoretisch und qualitativ zu ergänzen.

Zugrunde liegt im Folgenden eine Definition von Rassismus, die über genanntes Zahlenmaterial und der Beschreibungen von einzelnen Erlebnissen in ihrer praktischen Relevanz ausgeführt wird. Darüber hinaus werden möglich Handlungsstrategien, wirkungsvoll gegen Rassismus vorzugehen vorgestellt.

Wir erhoffen uns somit, die Ursachenzusammenhänge und Auswirkungen von Rassismus zu verdeutlichen, zur weiteren Sensibilisierung beizutragen sowie die Betroffenen zu ermutigen, aktiv zu werden und sich an die AnsprechpartnerInnen vor Ort zu wenden. Diese Broschüre dient als Appell und Anregung an alle LeipzigerInnen, Sensibilität für Rassismus zu entwickeln und dagegen vorzugehen. Dies knüpft sich an die Fragestellungen: Welche Problemlagen existieren? Wo herrscht ein besonders dringender Handlungsbedarf? Was für Handlungsmöglichkeiten bestehen? Was kann ich persönlich dagegen tun? Wie kann die Kommune ihre Antidiskriminierungsarbeit ausbauen?

In diesem Sinne hoffen wir auf eine konstruktive und bereichernde Auseinandersetzung mit den Themen rassistische Diskriminierung und Alltagsrassismus.

Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.  
Opferberatung Leipzig der RAA Sachsen e.V.

# Es geht um Rassismus! Grundlagen eines Begriffes

Rassismus in seinen alltäglichen Auswirkungen zu thematisieren, ist Teil der Arbeit des Antidiskriminierungsbüros und der Opferberatung Leipzig. Das Thema Rassismus scheint uns in der öffentlichen Diskussion unterrepräsentiert. Das zeigt sich einerseits daran, dass es in den neuen Bundesländern bislang kaum Zahlen über Fälle rassistischer Diskriminierung gibt. Andererseits stoßen wir immer wieder auf analytische Defizite bei der Beschreibung des Problems. Auf politischen Podien, an Schulen und Universitäten und selbst in Arbeitskreisen zu Migration wird weiterhin von Ausländerfeindlichkeit (oder auch Ausländerfreundlichkeit), von Ängsten und von Vorurteilen gesprochen. Der Begriff »Rassismus« wird vermieden. Das hat »knallharte« Auswirkungen auf die Praxis, also auf migrationspolitische Entscheidungen, auf Versuche antirassistischer Interventionen, auf politische Bildungsarbeit oder einfach beim Reden über »die Anderen«. An dieser Stelle soll daher ein kurzer theoretischer Abriss zu unserem Verständnis des Begriffs Rassismus, in Abgrenzung zum biologistischen Rassismus im Nationalsozialismus und zu Begrifflichkeiten wie Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit gegeben werden.

## Was ist Rassismus?

Der klassische, biologistisch argumentierende Rassismus setzt auf genetische und morphologische Unterschiede, also auf die Abstammung. Er teilt die Menschheit in Rassen mit unterschiedlichen Wertigkeiten ein. Der Begriff der Rasse ist mittlerweile wissenschaftlich widerlegt<sup>1</sup> und durch die Erfahrung des Nationalsozialismus politisch diskreditiert. Die biologistische Variante des Rassismus hat sich damit aber nicht erledigt: bis Ende der 80er Jahre wurden Menschen noch ganz selbstverständlich z. B. in Lehrbüchern in Rassen eingeteilt und auch heute noch sind solche Meinungen präsent.

Die zeitgemäße Variante, der kulturalistische Rassismus oder auch Neorassismus, konstruiert Gruppen über Zuordnungen wie Kultur, Ethnie oder Religion. Begriffe wie »Reinheit des Volkes« werden ausgetauscht durch die »Gefahr der Überfremdung/der multikulturellen Gesellschaft« bzw. der »nationalen Identität«.

Der Begriff Rassismus im Sinne einer eigenständigen theoretischen Kategorie wurde erst Mitte der achtziger Jahre in die hiesige Debatte eingeführt. Die Definition von Rassismus umfasst danach mehrere Komponenten:

### 1. Der Prozess der Rassifizierung

Ein Element von Rassismus ist die Konstruktion homogener Gruppen, bezeichnet als Rassifizierung oder rassistische Konstruktion. Sowohl beim biologistischen als auch beim kulturalistischen Rassismus werden Menschen anhand äußerlich feststellbarer Merkmale wie z. B. Hautfarbe, Gesichtsfarbe, Sprache, Religion oder Kleidung als natürliche Gruppe festgelegt. Mit diesen Merkmalen werden Eigenschaften bzw. »Mentalitäten« in festschreibender Weise verbunden: »Der Neger ist seiner Natur nach triebhaft, faul und hat Rhythmus im Blut«; »Muslime sind qua ihrer Kultur gewaltbereit, intolerant und unterdrücken Frauen«. Die »Mentalitäten« der »Anderen« werden dabei in der Regel negativ bzw. von der Norm abweichend bewertet, die eigenen gelten als positiv bzw. normal. Beobachtbare Unterschiede zwischen Menschen werden mit Bedeutung aufgeladen. Dazu kommt: Welche Unterschiede Bedeutung erlangen, ist willkürlich. Und selbst wenn gar keine Unterschiede zu beobachten sind, wie etwa im Fall von Juden und Jüdinnen während der Zeit des Nationalsozialismus, dann werden welche erfunden und beispielsweise durch Anheften von gelben Sternen sichtbar gemacht<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> vgl. Statement on the nature of Race and Race-differences by Physical Anthropologists and Geneticists der UNESCO Expertenkommission von 1950

<sup>2</sup> vgl. Terkessidis (Hrsg.): Die Banalität des Rassismus. Migranten der zweiten Generation entwickeln eine neue Perspektive. Transcript 2004

## 2. Die Ausgrenzungspraxis

Die neuere Rassismusforschung hat erkannt, dass Rassismus ein weiteres Element enthält: die Ausgrenzungspraxis. Damit wird auf die praktische Seite von Rassismus verwiesen: die Benachteiligung bei der Zuteilung gesellschaftlicher Ressourcen. Die rassistische Konstruktion homogener Gruppen (z. B. der Araber, der Schwarzen, etc.) dient zur Begründung von sozialen, politischen und ökonomischen Ausschlüssen eben dieser Gruppen. Das betrifft z. B. die Teilhabe am Berufsleben und Lohnerwerb (Arbeitsmarkt), den Zugang zu Bildung oder die kulturelle Teilhabe an der Gesellschaft, wie z. B. Repräsentation in Politik, Justiz und Verwaltung und kulturelle Repräsentation in den Medien, bzw. als Teil der nationalen Wertegemeinschaft. Die o. g. Konstruktion entfaltet erst durch diese alltäglichen Ausschlusspraxen und entsprechende Institutionen und Strukturen zu ihrer Durchsetzung soziale Wirksamkeit. Ein entscheidendes Element ist dabei die Staatsbürgerschaft.

## 3. Das Machtverhältnis

Darüber hinaus muss eine Gruppe auch über die Macht verfügen, die andere Gruppe sichtbar zu machen, zu bewerten und auszugrenzen. Das kann mittels direkter körperlicher Gewalt geschehen so z. B. im Kolonialismus, aber auch durch strukturelle Gewalt, wie z. B. durch die Verweigerung einer Arbeitserlaubnis für bestimmte »Ausländer«.

*Von Rassismus sprechen wir, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind. Zum einen, wenn bestimmte (wirkliche oder behauptete) Merkmale als Kennzeichen einer Gruppe definiert und diese mit bestimmten Verhaltens- und Lebensweisen verknüpft werden (Rassenkonstruktionen). Zum anderen, wenn die so definierte Gruppe ausgegrenzt und marginalisiert wird (Ausgrenzungspraxis). Und schließlich, wenn ungleiche Machtverhältnisse eine Definitionsmacht der einen Gruppe über die andere ermöglichen.*

## Rassistisches Alltagswissen

Das Zusammenspiel der drei Elemente von Rassismus – rassistische Gruppenkonstruktion, Ausschlusspraxis und Machtungleichheit – bringt eine soziale Wirklichkeit hervor, die als sogenanntes rassistisches Alltagswissen unser aller Alltagswissen mitbestimmt: »Frauen mit Schleier werden unterdrückt«, »Menschen mit Migrationshintergrund sprechen nur schlecht deutsch«, »Schwarze dealen«, etc. Dies wiederum fördert und festigt die Konstruktion von Gruppen, welche dann der Ausschlusspraxis ausgesetzt werden.

Im Ergebnis zieht man »die Anderen« zur Rechenschaft, weil sie genau in der Rolle sind, in welche die gesellschaftliche Verteilung von Chancen sie gestoßen hat. Zum Beispiel wird es MigrantInnen zunächst unmöglich gemacht, legal zu arbeiten. So sind sie gezwungen, von staatlicher Unterstützung zu leben. Im rassistischen Alltagswissen gelten sie dann als faul und als Schmarotzer.

Rassismus ist also auch historisch überlieferter und gewachsener, selbstverständlicher Wissensbestand moderner Gesellschaft, dessen Ursprünge bis in die Zeit des frühen Kolonialismus zurückreichen. Dieses »rassistische Wissen« ist eng verknüpft mit den sozialen Institutionen des Arbeitsmarktes, der Staatsbürgerschaft und der kulturellen Hegemonie. Diese Institutionen verändern sich zwar in unterschiedlichen Epochen und Nationenkonzepten, nichtsdestotrotz reproduzieren sie die Ungleichheit zwischen Einheimischen und Einwanderern immer wieder aufs Neue.

## Rassismus ist mehr als ein Vorurteil

Rassismus entfaltet seine Wirkung auf verschiedenen Ebenen:

- Strukturelle/institutionelle Ebene (so genannter staatlicher Rassismus z. B. Aufenthaltsrecht, Arbeitsmarkt, Schule)

Als Beispiel dient hier die überdurchschnittlich hohe Sonderschulquote der Kinder von MigrantInnen, die auf strukturell diskriminierende Auslesemechanismen zurückzuführen ist.

- Diskursive Ebene (z. B. Medienberichterstattung, öffentliche und private Äußerungen, Diskurse)

Es bleibt beispielsweise nicht ohne Wirkung, wenn Medien und PolitikerInnen immer wieder die »Ausländerkriminalität« zum Thema machen, oder wenn Terrorismus mit Fremdheit diskursiv verknüpft wird.

- Individuelle Ebene der Subjekte/der Menschen (z. B. diskriminierende Äußerungen und Handlungen)

Rassismus muss daher auch auf verschiedenen Ebenen analysiert und entsprechend entgegengetreten werden. Er wird unangemessen verstanden, wenn er bloß als individuelle Einstellung oder als Vorurteil Einzelner gesehen wird. Denn die Einstellungen und Subjekte sind nun einmal nicht zu trennen von den strukturellen Verhältnissen, in denen sie leben und handeln.

Vorurteile mögen ebenso verletzend, demütigend und provozierend sein. Rassismus aber setzt eine Machtungleichheit voraus und impliziert ein strukturelles Gewaltverhältnis. Die rassistischen Zuschreibungen erfolgen aus der Position der Stärke heraus und werden dadurch sozial wirksam, was die Betroffenen leidvoll erfahren<sup>3</sup>.

Das Phänomen Rassismus wird zwar von Individuen vermittelt und getragen, findet seine Wirkung aber nicht nur in den Handlungen von Einzelnen. Er ist eine durch die Gesellschaft tagtäglich (re)produzierte Erscheinung, in der Macht- und Herrschaftsverhältnisse zum Ausdruck kommen.

## Rassismus und Ausländerfeindlichkeit/ Fremdenfeindlichkeit

Die Begrifflichkeiten Ausländerfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit sind demnach nicht geeignet, um die Tragweite von Rassismus als gesellschaftliches Machtverhältnis angemessen zu beschreiben. Einerseits, weil sich Feindlichkeit, Ausgrenzung und Gewalt nicht gegen bestimmte »Ausländer« und »Fremde« (z. B. nicht gegen weiße SchottInnen oder SchwedInnen) richten. Andererseits, weil auch »Inländer«, also Menschen mit Migrationshintergrund und deutschem Pass, betroffen sind.

Die Begriffe reproduzieren die Vorstellung, dass es sich bei den Betroffenen um Fremde handelt. Sie laden dazu ein, von quasi angeborenen Ängsten gegen Fremde auszugehen, die grundsätzlich verständlich seien. Dabei sei die Beunruhigung durch das Fremde nicht rassistisch, wengleich sie eine Versuchung darstellt.

Darüber hinaus reduziert sich die von den Betroffenen erlittene Gewalt nicht nur auf physische Gewalt oder verbale Feindlichkeiten. Die als strukturelle oder soziale Gewalt erlebten alltäglichen Ausgrenzungen und Diskriminierungen, die von der Mitte der Gesellschaft ausgehen, werden durch die Begriffe »Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit« relativiert.

Deshalb ist es sinnvoll, von Rassismus zu sprechen.

## Fazit

Es gibt in der Realität keine einheitliche Gruppe mit dem Namen »Ausländer«. Dennoch haben die Phantome von »Wir« und »Ihr« eine immense Wirkkraft. Erst wenn man Rassismus auch als gesellschaftliches Machtverhältnis begreift, entgeht man der permanenten Moralisierung des Themas.

Es geht nicht darum, die hegemoniale Gruppe als böse zu diffamieren und die Opfer prinzipiell als gut zu befinden, was in antirassistischen Kämpfen oft genug geschehen ist.

Wichtig ist vielmehr, die Herstellung der Phantome »Wir« und »die Anderen« im normalen Funktionieren der Gesellschaft sichtbar zu machen. Selbst im Falle von schweren, intentionalen Gewalttaten mit rassistischem Hintergrund geht es in der Forschung über Rassismus primär nicht um böse oder gut. Es geht vielmehr darum, die institutionellen Mechanismen und Wissensbestände zu thematisieren, welche es den Tätern erlauben, die attackierten Personen überhaupt als »Objekte« zu identifizieren und sich die Legitimation für Gewalttaten oder auch Morde zu verschaffen. Was die individuellen Motive für solche Taten betrifft – die Frage also, warum diese und keine andere Person die Tat ausgeführt hat –, spricht nichts gegen eine individualpsychologische Herangehensweise.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass es keine persönliche Verantwortung für rassistische Handlungen mehr gibt. Jeder und jede Einzelne bleibt insbesondere vor diesem Hintergrund aufgefordert, seine bzw. ihre Haltungen und Handlungen zu hinterfragen. Wie beschrieben ist Rassismus ein gesellschaftliches Verhältnis, dennoch dürfen wir uns unserer persönlichen Verantwortung nicht entziehen.

<sup>3</sup> vgl. Auernheimer: Rassismus pur – Ein Gespräch über Rassismus und antirassistische Arbeit. [www.uni-koeln.de/ew-fak/paedagogik/interkulturelle/publikationen/ueber\\_rassismus.html](http://www.uni-koeln.de/ew-fak/paedagogik/interkulturelle/publikationen/ueber_rassismus.html) 2001

**Literaturhinweise:**

Mark Terkessidis (Hrsg.), Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive, Transcript, 2004.

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Diskriminierung – Folgen der Feindseligkeit in Deutsche Zustände Folge 4 – Autoren: F. Abrock und U. Wagner, Suhrkamp, 2006.

Annita Kalpaka und Nora Rähzel, Die Schwierigkeit, nicht Rassistisch zu sein, Dreisam Verlag, 1994.

Georg Auernheimer, Rassismus pur – Ein Gespräch über Rassismus und anti-rassistische Arbeit, [www.uni-koeln.de/ew-fak/paedagogik/interkulturelle/publikationen/ueber\\_rassismus.html](http://www.uni-koeln.de/ew-fak/paedagogik/interkulturelle/publikationen/ueber_rassismus.html), 2001. (Stand 26.2.2007)

Robert Miles, Einführung in die Theorie und Geschichte eines Begriffs, Argument Verlag, 1992.

Wolfram Stender, Georg Rohde und Thomas Weber (Hrsg.), Antirassistische Ansätze in (Sozial-)pädagogischen Arbeitsfeldern in Interkulturelle und Antirassistische Bildungsarbeit. Projekterfahrung und theoretische Beiträge. – Autor: Rudolf Leiprecht, Brandes & Apsel Verlag, 2003.

## Interviews mit Betroffenen von rassistischer Diskriminierung

Um die statistische Erhebung diskriminierender Vorfälle qualitativ zu ergänzen, wurden von Opferberatung und Antidiskriminierungsbüro in Leipzig zusätzlich Interviews mit Betroffenen geführt. So wird es möglich, Schicksale hinter den Zahlen sichtbar werden zu lassen. Darüber hinaus ergibt sich für die Interviewten die Möglichkeit, sich kritisch zu den Hilfsangeboten zu äußern.

Es wurden halbstandardisierte Interviews im direkten Kontakt geführt. Insgesamt wurden zehn Fragen gestellt. Die Fragen betrafen das Tatgeschehen sowie die subjektive Bewertung von Diskriminierung und Hilfsangeboten. Eine Schwierigkeit hierbei bestand darin, InterviewpartnerInnen zu finden. Das liegt daran, dass sich die Betroffenen ungern noch einmal mit dem unangenehmen Vorfall beschäftigen möchten. Hinzu kommt ein Unbehagen, sich schlecht über das Gastgeberland zu äußern, da Betroffene dort auch viel Positives erlebt haben, wie sie sagen. Der wichtigste Grund aber ist, dass Betroffene häufig schlechte Erfahrungen mit öffentlicher Kritik gemacht haben: Entweder sie blieb erfolglos oder brachte noch zusätzlichen Ärger ein.

### Woher kommen Sie? Wie lange leben Sie schon in Deutschland?

**A:** Ich komme aus Westasien, bin 34 Jahre alt und lebe seit 7 Jahren in Deutschland. (männlich)

**B:** Ich komme aus Kasachstan und bin schon seit 1986 hier, aber mit einigen Unterbrechungen. Ich war zwischendurch in Amerika und habe 4 Jahre in Kasachstan gearbeitet. (weiblich)

**C:** Ich komme aus Algerien, seit 1998 in Deutschland. (männlich, 35 Jahre)

### Was ist Ihnen wann und wo passiert?

**A:** Im August 2006 wurde ich abends gegen 0.00 Uhr davon abgehalten, meine Wohnung zu betreten. Ein Nachbar und seine Freunde stellten sich vor die Ein-

gangstür, beleidigten und bedrohten mich mit Worten wie: »Was machst du denn hier, du hast in Deutschland nichts zu suchen«, »Du schläfst heute nicht zu Hause«, »Wenn du hier rein gehst, bist du ein toter Mann«. Ich wurde mit einer Bierflasche beworfen. Die Situation wirkte sehr bedrohlich, ich ergriff die Flucht. Die jungen Männer verfolgten mich, kamen aber nicht an mich ran. Die Polizei wurde gerufen, kam und nahm die Personalien der Männer auf. Ich erstattete am kommenden Tag Anzeige in einer Polizeidienststelle. Als die Täter dies erfuhren, erstatteten Sie ebenfalls Anzeige wegen Beleidigung und Bedrohung. Ich war alleine, die zu viert. Der Strafantrag wurde von der Staatsanwaltschaft wegen mangelnden öffentlichen Interesses eingestellt. Wenn die Angreifer mich heute sehen, grinsen sie mich an und provozieren, wie z. B.: »Du lebst noch?« Wenn man sie einzeln trifft, passiert gar nichts.

**B:** Gott sei Dank ist es mir nicht passiert, dass ich angegriffen worden bin, weil ich eine andere Hautfarbe habe, eine andere Augenfarbe oder jedenfalls anders aussehe. Ich bin sehr froh darüber, weil man damit sehr schwer lebt und da bin ich irgendwie verschont geblieben.

Aber es gibt zwei Fälle in meinem Leben, die das dann doch ein bisschen zu spüren gegeben haben. Das war einmal noch zu Studienzeiten, da waren wir in der Mensa und haben Abendbrot gegessen. Dann kamen Jugendliche, die geschrien haben: »Ausländer raus, Deutschland den Deutschen!« Das war Anfang der 90er Jahre, da war diese Losung üblich. Da habe ich wirklich Angst gehabt. Wir haben dort nur gegessen, die Mensa war gerammelt voll, es war ja Messe und es waren auch sehr viele Messegäste da. Und es war schon nicht so gut, es tat schon weh, weil du dich nicht wehren kannst. Wie solltest du dich da wehren gegen diese Leute? Wir konnten nicht rausgehen. Später hat man dann die Küchentür für uns aufgemacht und dann sind wir durch die Küche hinausgegangen. Da hab ich dann die Polizei kommen hören.



**C:** Ich bin treuer Kunde einer Schuhgeschäftecke. In einer dieser Filialen wurde ich am 01. 12. 2006 ohne Angabe von Gründen vom Filialleiter (wie sich später herausstellte), der ein Geheimnis um seinen Namen machte, mit Schimpf und Hohn des Ladens verwiesen.

Während ich mir die Schuhe ansah, wich der Angestellte nicht von meiner Seite. Als ich ein Paar Schuhe zur Seite stellte und mir ein weiteres Paar ansehen wollte, merkte ich, dass er mich beobachtete. Nun sagte ich zu ihm, dass ich mir noch weitere Schuhe ansehen möchte. Daraufhin wurde ich aufgefordert, den Laden zu verlassen. Als ich ihn fragen wollte, was ich falsch gemacht habe, antwortete er mir: »Du bist einer von denen und wenn Sie etwas kaufen wollen, dann nicht auf diese Art.« Auf Nachfrage, wie dies zu verstehen ist, drohte der Mitarbeiter mir mit der Polizei. Ich war stark verunsichert und verließ den Laden. Meine Klärungsversuche im Nachgang verliefen erfolglos. Ergebnis war die nochmalige Drohung mit der Polizei und ein vorläufiges Hausverbot. Ich verließ die Filiale und fühlte mich auf schändliche Art und Weise diskriminiert, vor allen Passanten und Kunden gedemütigt und in meiner Ehre gekränkt. Weitere Versuche, die Situation zu klären, unter anderem über eine Vertrauensperson von mir, scheiterten ebenso. Nachdem wir mehrmals abgewiesen wurden, erstattete ich Anzeige bei der Polizei.

#### Ist Ihnen Ähnliches schon öfters passiert?

**A:** Ja. Vor ca. drei Jahren wurde ich ebenfalls in der Nähe meiner Wohnung angepöbelt. Ich wurde als »Arschloch« beschimpft, als ich fragte warum, bekam ich die Antwort: »Weil du Ausländer bist!«. Einer der Männer hielt mich von hinten fest, der andere schlug auf mich ein. Die Verletzungen an Schulter und Blase sind bis heute nicht vollständig verheilt. Einer der Männer wohnte in der Nachbarschaft. Wenige Tage später kamen aus dem Haus von einem der Männer mehrere Personen. Nachdem sie mich aggressiv beschimpften, holte einer von ihnen aus und schlug mit einer Holzlatte gegen meinen Kopf. Die Hörschädigung, die ich dadurch erhielt, ist bis

heute nicht abgeheilt. Anzeige habe ich keine erstattet, da ich keine weiteren Probleme haben wollte.

**B:** Die andere Situation war bei einem Vorstellungsgespräch in Leipzig. Da hat man mir gleich ganz offen gesagt, wenn ich ein Bild von mir mitgeschickt hätte, dann wäre ich bestimmt nicht zum Vorstellungsgespräch eingeladen worden. Ich suchte dringend eine Stelle und hatte kein Geld für die Bewerbungsbilder. Und dann hatten sie mich eingeladen und haben mich trotz des Einwandes eingestellt. Aber erstmal haben sie das gesagt.



**C:** Ja, 1999 in Hof. Ich wurde im Zug von der Polizei kontrolliert. Ich war der einzige mit dunkler Hautfarbe. Außer mir wurde niemand kontrolliert.

Es passiert öfter mal, dass ich auf der Straße grundlos beleidigt werde oder dass die Menschen ihre Abneigung über ihre Gestik ausdrücken, wie zum Beispiel den »Fuck-Finger« zeigen. In den letzten drei bis vier Jahren sind die Vorfälle weniger geworden. Vielleicht liegt es daran, dass ich mich mit anderen Leuten an anderen Orten aufhalte, ich weiß es nicht. Dennoch wurde mir zweimal der Einlass in Diskotheken verwehrt. Einmal wurde ich gemeinsam mit meiner Frau, die Deutsche ist, beleidigt.

Mir ist auch aufgefallen, dass ein bekanntes Leipziger Theater ihre Informationsblätter nur an Deutsche

verteilt. Als ich den Verteiler darauf ansprach, bestätigte er, dass dies seine Anweisungen seien. Während der WM wurden auch die ausländischen Besucher versorgt, danach war wieder alles wie immer.

#### Wie werten Sie die rassistisch motivierten Ereignisse?

**A:** Die Täter sind dem Aussehen nach Rechtsradikale. Dies belegen auch Drohbriefe und Aufkleber im und am Briefkasten, die eine deutliche Sprache sprechen. Manche von ihnen sind arbeitslos, zudem sitzen sie oft im Park und trinken. Sie machen nicht den Eindruck, als wenn sie sehr intelligent wären. Wenn sie aber zusammen sind und sich unbeobachtet fühlen, sind sie sehr gefährlich. Keiner traut sich und kann etwas gegen sie unternehmen. Für mich gibt es keine Möglichkeit, an diesen Orten weiterzuleben. Der Rechtsextremismus ist allerdings nicht nur für die Ausländer ein Problem, sondern auch für die Deutschen. Beispielsweise wurde auch meine Freundin beleidigt, weil sie sich mit mir Ausländer einlässt. Sie hassen alle Deutschen, die sie nicht verstehen. Diese Menschen wollen alles in die Hand nehmen. Wo man geht, was man sagt und am liebsten auch, was man denkt.

**C:** Ich bin der Meinung, dass die Politik und die Medien diese Ideologie verbreiten. Und, dass die Menschen, die schlechte Erfahrungen mit Ausländern gemacht haben, diese stark verallgemeinern. Die Skinheads sind nur die Fassade, wie die erste Reihe auf einem Schachbrett. Die sehe ich mehr als Opfer: nicht richtig gebildet, familiäre Probleme, keine Perspektive. Eigentliche Ursache ist die Politik aus verschiedenen Parteien, nicht nur die der NPD.

Wenn jemand »Kanacke« zu mir sagt, ist das nicht gegen mich persönlich gerichtet. Diese Menschen kennen mich nicht. Ich habe niemandem die Arbeit oder die Frau weggenommen, wie sie behaupten. Wie könnte ich als Ausländer, ohne deutsche Ausbildung, den Leuten ihren Arbeitsplatz streitig machen? Für uns ist es sehr schwierig, eine Arbeit zu bekommen.

Ich denke, die Ablehnung wird ausgelöst durch meine arabische Abstammung. Dabei muss man auch sehen, dass die Araber aus den Emiraten, die als Geschäftsleute nach Deutschland kommen, sehr geschätzt werden. Es wird viel Geld in Deutschland investiert. Wenn man Geld hat, ist man in Deutschland willkommen. Ebenso investiert Deutschland in arabische und andere Länder und fährt damit Gewinne ein. Das bekommt nur fast niemand mit.

Ich verstehe, dass Deutschland nicht unbegrenzt viele Ausländer aufnehmen kann. Das Gleichgewicht muss erhalten bleiben. Aber ein Ausländeranteil von 5 % ist ein Witz. Diese 5 % können nicht den anderen 95 % die Arbeit wegnehmen.

**B:** Ich finde, so Ende der 80er, Anfang der 90er, wo das dann alles so hoch kam, das war schlimm. Dann war ich vier Jahre nicht hier. Seitdem ich zurückgekommen bin, finde ich, es ist ganz ruhig geworden.

Es wird ja auch sehr viel in den Medien darüber diskutiert und das finde ich eigentlich schon sehr gut. Aber ich kann mir gar nicht vorstellen, dass die Leute oder Jugendlichen, die interviewt werden, wirklich meinen, dass die Ausländer deren Arbeitsstellen wegnehmen würden. Dass sie wirklich so denken, dass glaub ich einfach nicht. Ich denke mir, dass sie meistens nur wiederholen, was man denen sagt. Dass sie gar nicht mehr fähig sind, sich selber ein Urteil zu bilden über irgendetwas.

Das schlimmste ist natürlich, dass sie brutal werden, wenn sie dann alle zusammen sind und dass sie dann auch wirklich das Leben in Gefahr bringen, weil sie gar nicht mehr darüber nachdenken können, was sie eigentlich tun.

Sie hören bestimmt auch Michel Jackson und da denken sie gar nicht darüber nach, welche Hautfarbe er hat. Sie gehen tanzen zu seiner Musik, sind vielleicht begeistert, vielleicht auch Fans – das ist ein Widerspruch in sich.

Heutzutage, wo es um Globalisierung geht und dann solche Sprüche zu haben, wie »Ausländer raus«, das ist für mich unverständlich, unerklärlich. In meinen Augen wirkt die Welt wie ein Dorf, wie eine große Stadt. Ich setze mich an meinen Computer und kann mit meinen Eltern kommunizieren, was vor ein paar Jahren noch unmöglich war.

Dass es solche Ereignisse noch gibt – das ist unvorstellbar, da müssen die Leute irgendwie hinter dem Mond leben. Das weckt in mir nur noch Wut und Unverständnis.

Ich denke, jedes andere Volk, jede andere Nationalität ist eigentlich nur eine Bereicherung. Für mich ist es wirklich eine Bereicherung. Ich lerne gern Sprachen. Wenn ich die Sprachen lerne, dann lerne ich eine ganz andere Kultur kennen, dann werde ich wie verwandelt. Wenn ich Kasachisch spreche, dann bin ich eine Kasachin, dann denke ich auch kasachisch, wenn ich russisch spreche, dann denke ich auch wie Russen so denken, und Deutsch, da ist es genauso, oder auch Englisch, oder auch wenn ich Spanisch spreche, dann denke ich auch in dieser Art. Ich möchte das nicht missen. In Studienzeiten sind wir auch zusammen gewesen mit ganz verschiedenen Leuten aus ganz verschiedenen Ländern. Einige Länder musste ich erstmal auf der Karte zu Hause suchen. Aber das ist interessant. Ich kann das rassistische Denken nicht nachvollziehen.

#### Was lösen rassistische Ereignisse bei Ihnen aus? Wie reagieren Sie darauf?

**A:** Ich bin noch vorsichtiger geworden. Mann muss sich im Vorfeld darum kümmern, dass einem nichts passiert,

danach ist es zu spät. Man kann keine Hilfe erwarten. Bei vier gegen einen hat man keine Chance. Bevor ich aus der Straßenbahn steige, schaue ich genau, ob keine verdächtigen Personen in der Nähe sind. Auf dem Heimweg drehe ich mich regelmäßig um. Ich nehme jedes Mal einen anderen Weg. Im Zweifelsfall ergreife ich die Flucht, bevor es zu spät ist.



**B:** Ich komme aus Kasachstan, in Kasachstan leben über 130 Nationalitäten und über 40 Konfessionen, ich bin schon so groß geworden und mir ist es hier erst bewusst geworden, dass das überhaupt ein Thema ist.

Ich bin nicht so direkt konfrontiert worden, aber man hört ja auch vieles darüber, zum Beispiel im Deutschlandfunk. Da hat man einfach Angst, dann am Abend rauszugehen. Ich vermeide, dass ich abends alleine nach Hause komme. Das hat vielleicht auch keinen Grund, ich höre in Leipzig eigentlich sehr wenig, auch von den Ausländern, mit denen ich hier zusammenarbeite, höre ich eigentlich nie was. Aber durch die Medien wird man dann doch innerlich vorsichtig. Es muss natürlich nicht unbedingt dir passieren, was schon mal irgendwo passiert ist.

**C:** In meinen ersten Jahren in Deutschland habe ich diese Beleidigungen sehr persönlich genommen. Ich hatte diese Gesellschaft nicht verstanden. Jetzt bin ich mir bewusst, dass dieses Thema viel größer ist. Es ist zu viel für meinen Kopf. Der Rassismus steckt überall, in der Arbeit, auf der Straße, im Nachtleben (Diskotheken und Theater) und so weiter.

Rassismus ist ein Teil der Gesellschaft und der Menschen, und das nicht nur in Deutschland, es gehört mit dazu. Rassismus kann ich nicht bekämpfen, ich muss damit umgehen. Ich versuche es nicht persönlich zu nehmen. Die kennen mich nicht, sehen mich nur, ich gehöre zu den Anderen.

Ich habe auch sehr schöne Sachen erlebt. Freunde, auch deutsche Freunde stehen zu mir, sie haben mir auch in diesen Zeiten, zu diesem Thema sehr geholfen.

**Welche formellen Hilfemöglichkeiten sind Ihnen bekannt? Haben Sie Hilfe in Anspruch genommen? Falls ja, erfolgreich?/Falls nein, weswegen nicht?**

**A:** Dieses Mal habe ich versucht, mein Recht über die Polizei mit Unterstützung der Opferberatung einzufordern. Man macht sich damit viel Stress. Termine, Gegenanzeigen, am Ende eine Einstellung des Verfahrens. Auch bei einer Verhandlung hätte ich als Ausländer ohne Zeugen gegen die vier Männer keine Chance gehabt. In Zukunft würde ich nach solchen Angriffen nur im äußersten Notfall um Hilfe nachfragen. Auch die Erfahrungen von Freunden bestätigen, dass dies nichts bringt. Ich will in Ruhe leben.

**B:** Durch meine Arbeit sind mir verschiedene Hilfemöglichkeiten bekannt. Ich habe bis jetzt noch keine Hilfe in Anspruch genommen und bin sehr froh darüber, dass ich überhaupt nicht vor dieser Wahl gestanden habe. Migranten und Ausländer, die jetzt hier herkommen, müssen viel stärker als früher selbst zurechtkommen.

Dafür sind die Beratungsstellen wichtig. Ich finde, dass sich einiges geändert hat, dass sich Leipzig auch geöffnet hat. Und das ist vielleicht auch der Grund, dass wir jetzt Gott sei Dank nicht so viele von diesen Angriffen oder Überfällen haben.



**C:** Nach dem letzten Vorfall im Schuhgeschäft habe ich die Polizei informiert und Anzeige erstattet. Ich habe mit Freunden geredet und erfahren, dass es eine Beratungsstelle für Betroffene von Rassismus gibt. Die ganzen

Jahre in Leipzig wusste ich nicht, dass es so etwas gibt. Darüber habe ich das Antidiskriminierungsbüro kennen gelernt. Zudem habe ich Hilfe von Rechtsanwältinnen in Anspruch genommen. Mal sehen, was man machen kann.

Ich erhoffe mir, meine Botschaft an den Täter heranzutragen zu können. Er soll hören, dass ich etwas unternehme. Das ich mit zivilisierten Mitteln gegen ihn vorgehe. Nicht so, wie er es getan hat. Und ich hoffe, dass man auf diesem Weg auch als Ausländer Erfolg haben kann.

In Zukunft? Erst mal sehen was hier passiert. Ich bin sehr gespannt darauf, wie es ausgeht.

**Was sehen Sie für Möglichkeiten, rassistischer Diskriminierung wirkungsvoll zu begegnen (persönlich/gesellschaftlich)?**

**A:** Starke Partner und Gesetze, die in der Lage sind, gegen solches Unrecht etwas zu unternehmen. So wie es jetzt aussieht, werde ich umziehen. Ich habe es bis jetzt noch nicht gemacht, weil ich die anderen Ausländer in der Gegend nicht alleine lassen möchte. Zum Teil haben sie Kinder, ich bin allein.

**B:** Es wird ja schon sehr viel darüber gesprochen. Ich denke, man müsste irgendwie versuchen, die Ursachen zu finden, wenn es überhaupt welche gibt. Das Schlimmste ist, dass es auch die NPD gibt, dass sie viele Anhänger haben. Da müsste man was machen.

Ich denke, es wird schon viel gemacht und ich finde sehr gut, dass es z. B. ADBs gibt. Ihr klärt ja auch die Leute auf, vor allem die Migranten. Ich finde gut, dass die Leute überhaupt erstmal darüber Bescheid wissen.

Ich habe heute ein paar Telefonate geführt mit Ämtern oder auch mit Arztpraxen. Ich habe zweimal das Gefühl gehabt, dass sie ganz unfreundlich am Telefon waren. Aber ich weiß nicht, warum. Ich wurde hin und her geschoben. Es ging um eine Frau, die einen ausländischen Nachnamen hat. Wenn ich jetzt erstmal mit meinem Nachnamen komme (typischer deutscher Name), dann bin ich erstmal o.k., aber wenn es dann um eine Ausländerin geht, dann kann man ein bisschen Unfreundlichkeit spüren. Aber dann weiß ich wieder nicht, ob die Frau schon genervt ist, weil Tausende anrufen und sie keine Termine geben kann, weil sie voll sind. Oder ist sie einfach komisch damit, will sich mit Ausländern nicht beschäftigen.

Wenn ich jetzt als Ausländerin mich entschieden habe, hier zu leben, dann muss ich eigentlich auch eine Arbeit mit mir selber führen. Ich muss mir sagen, das kann dir genauso zu Hause passieren. Es kann dir in jedem anderen Land genauso passieren. Wenn da jemand so unfreundlich am Telefon ist oder vielleicht im Kaufhaus dir begegnet, das ist so. Du kannst nicht jeden ändern und du kannst die Welt nicht ändern. Du musst versuchen, im dem Land zu leben. Ich habe jetzt

Verantwortung nicht nur für mich selber, ich habe auch die Verantwortung für meine Kinder. Wenn ich immer mit solchen Problemen konfrontiert bin und sie immer darauf zurückführen würde, dass ich eine Ausländerin bin, dann kann ich hier nicht leben. Weil das auf dein Gemüt wirkt. Du kannst dann auch zu Hause nicht entspannen. Du kannst dich deiner Familie nicht mehr widmen, wenn du immer denkst, du wirst angegriffen, nur weil du eine andere Hautfarbe hast, anders aussiehst. Das muss dann jeder wissen, wie er damit umgeht, wie er damit zurechtkommt.

**C:** Man sollte bei der Bildung der Eltern anfangen. Man darf die Themen Rassismus und Rechtsextremismus nicht verbieten. Man muss sie erklären, die Themen kennen lernen. Im dritten Reich waren nicht nur die Juden Opfer der Deutschen, sondern auch die Deutschen selbst. Diese Ideologie ist ein Verbrechen und ist selbst für die Nazis gefährlich. Man muss aufklären darüber, wie man aus diesen Kreisen aussteigen kann. Diese Ideologie ist so gefährlich wie Terrorismus.

Die Aufklärung muss auch an Schulen stattfinden. Die Kinder müssen wissen, worum es geht.

Die Medien tragen eine sehr große Verantwortung, die sie besser wahrnehmen sollten. Kriminelle Ausländer nehmen viel Raum ein. Eine Verallgemeinerung wird dadurch hervorgerufen. Die Nachwirkung trifft auch die Deutschen. Zum Beispiel die Deutschen mit ausländischen Partnern und den gemeinsamen Kindern. Wie sollen diese Deutschen damit umgehen? Die Auswirkungen des Rassismus übertragen sich auf die Deutschen selbst.

Die Politik? Die Politiker sind Käufer und Verkäufer. Ich denke, die Mitglieder der NPD tragen auch italienische Anzüge.

Ich kenne hier keine Busfahrer und Bankangestellten, die Afrikaner sind. Auch bei McDonald's und Burger King arbeiten nur Deutsche. Die Ausländer arbeiten in Döner Läden und in Gemüsemärkten. In München habe ich einen Afrikaner gesehen, der Mitarbeiter bei der Deutschen Bank war. Auf meine erstaunte Nachfrage hat man mir gesagt: »Wenn er qualifiziert arbeitet, weshalb nicht?« Hier ist das nicht so. Die Öffnung des Arbeitsmarktes würde es vielen Ausländern ermöglichen, ein Teil der Gesellschaft zu werden.

# Rassistische Diskriminierung in Leipzig – eine Bestandsaufnahme

Rassistisch motivierte Diskriminierung gehört leider noch zum Alltag für MigrantInnen und nichtweiße Deutsche. Ob beim Einlass in die Disko, bei der Wohnungssuche, im Umgang mit Behörden und Ämtern oder bei der Jobsuche – für die Betroffenen sind nicht nur rechtsextreme Gewaltübergriffe schmerzhaft, sondern auch Erfahrungen von Alltagsrassismus sind demütigend und verletzend. Über diese Erfahrungen zu sprechen ist oft problematisch, zumal viele keine AnsprechpartnerInnen für solche Erlebnisse kennen. Die Fälle bleiben im Dunkeln.

Während durch die Arbeit von Opferberatungsstellen das Ausmaß von Gewaltübergriffen zumindest teilweise erfasst und damit thematisiert werden kann, gibt es bislang wenige Daten, die Fälle von Alltagsrassismus erfassen. Die fehlende Dokumentation der Fälle wird schon seit längerem von Akteuren der Antirassismusbewegung beklagt. Diese mangelnde Datenbasis führt bisher dazu, dass die Häufigkeit von alltäglicher Rassismuserfahrung unterschätzt wird bzw. dass entsprechende Stellen in Politik und Verwaltung keinen Handlungsbedarf sehen.

## Erfassungsprojekt

Vor diesem Hintergrund startete das Antidiskriminierungsbüro Leipzig und die Opferberatung Leipzig (RAA Leipzig) Anfang 2006 ein Projekt, durch das Fälle von Alltagsdiskriminierung erfasst, dokumentiert und ausgewertet werden sollten. Ziel war es einerseits, sich ein Bild davon zu machen, ob und in welchem Maße rassistische Diskriminierung in Leipzig ein Problem ist. Andererseits sollten sich durch die Erfassung die sozialen Bereiche herauskristallisieren, wo der dringendste Handlungsbedarf gegen rassistische Alltagsdiskriminierung besteht.

Die Erfassung der Fälle läuft seit Anfang 2006. Die Erfassungsbögen wurden an ca. 15 Vereine, Verbände und Zusammenhänge mit Migrationsbezug verteilt, mit der Bitte, alle Fälle zu dokumentieren, die Ihnen in ihrer Arbeit unterkommen. Die Umschreibung »Unterkommen« trifft hier zu, weil viele der Fälle eher »nebenbei« in Gesprächen mit den Betroffenen zur Sprache kommen bzw. erst nach direktem Nachfragen erzählt werden.

## Ergebnisse und Auswertung

Über dieses Projekt konnten während des Jahres 2006 insgesamt 107 Vorfälle aus Leipzig und Umgebung gesammelt und dokumentiert werden. Die meisten Fälle wurden von den Projektpartnern, also der Opferberatung Leipzig (50) und dem Antidiskriminierungsbüro (37) gesammelt. Weitere Vorfälle wurden uns über das Integrationsprojekt Dialog Leipzig und Amal Wurzeln – Hilfe für Opfer rechter Gewalt und über andere Einrichtungen mit MigrantInnenbezug bekannt. In verschiedenen Fällen vermittelten die Organisationen, z. B. das Integrationsprojekt Dialog Leipzig oder die Caritas Leipzig die Betroffenen an das Antidiskriminierungsbüro bzw. die Opferberatung weiter.

## Auswertung

Ein Großteil der Vorfälle ereignete sich in Leipzig (95), die übrigen wurden aus dem Leipziger Umland bekannt (Muldentalkreis, Delitzsch, Eilenburg, Leipziger Land usw.). Ob und aus welchen Regionen Leipzigs bzw. des Leipziger Umlands Vorfälle bekannt wurden, hängt zum einen davon ab, wo die Beratungsstellen tätig sind und ob sie einen aufsuchenden Ansatz verfolgen, zum anderen ob sie gezielt bei Betroffenen nach persönlichen Rassismuserfahrungen nachgefragt haben.

Es hat sich gezeigt, dass mehr Männer als Frauen Fälle von Alltagsrassismus oder Übergriffe gemeldet haben. So wurde z. B. der Eintritt in einige Leipziger Diskotheken ausschließlich Männern verwehrt. Auch die Opfer von Gewaltübergriffen sind überwiegend Männer. Es

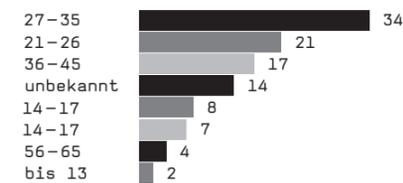
wäre zu untersuchen, ob und warum Männer häufiger Opfer rassistischer Übergriffe und Diskriminierungen werden bzw. inwieweit geschlechtsspezifische Barrieren bei der Rechtsmobilisierung eine zusätzliche Rolle spielen.

## Geschlecht



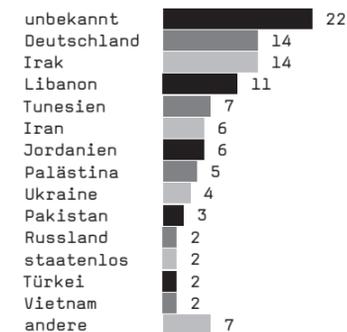
Von rassistischer Diskriminierung waren vorwiegend Personen in der Alterstufe von 27–45 betroffen.

## Alter



Die Staatsangehörigkeit der betroffenen Personen zeigt, dass von Rassismus nicht nur »Ausländer« betroffen sind, sondern auch Menschen mit deutschem Pass:

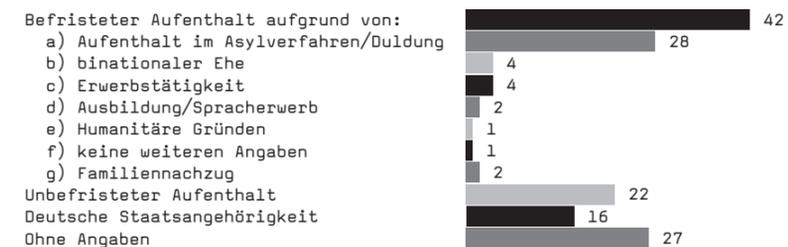
## Staatsangehörigkeit



Auch der Aufenthaltsstatus der Betroffenen unterstreicht, dass Rassismus nicht nur ein Problem von »Ausländern«

ist. Über ein Drittel der Betroffenen haben einen deutschen Pass oder einen unbefristeten Aufenthaltstitel.

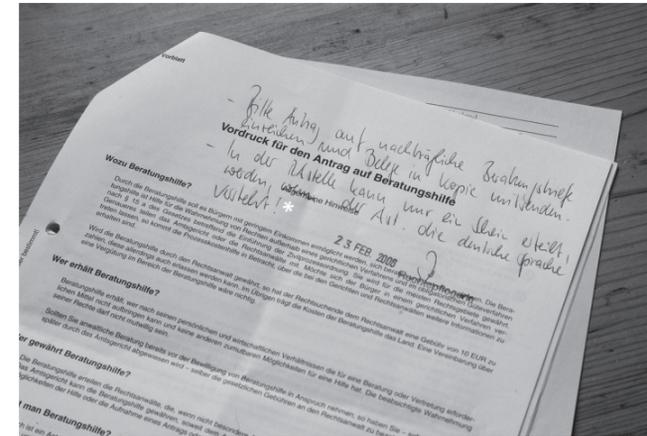
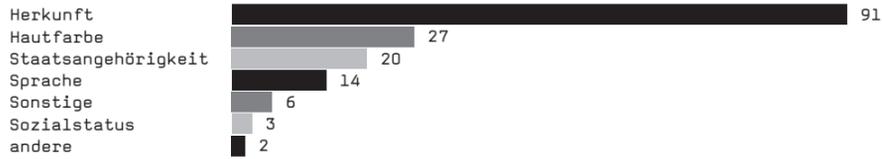
## Aufenthaltsstatus



Der von den Betroffenen benannte Hauptgrund der Diskriminierung war die Herkunft der Personen. In den meisten Fällen spielten zusätzlich noch weitere Merk-

male eine Rolle. Die rassistische Einordnung als »Anderer« macht sich dann an Sprache, Hautfarbe, Nationalität oder der vermuteten Herkunft fest:

**Diskriminierungsmerkmal (Mehrfachnennung möglich)**



Es haben sich bestimmte Bereiche herauskristallisiert, die besonders anfällig für rassistische Vorfälle sind. Das betrifft zum einen den Freizeitbereich, insbesondere den Zugang zu Diskotheken und Gaststätten. Zum anderen kam es im privaten Umfeld der Betroffenen zu Anfeindungen oder Übergriffen, v.a. im Wohnumfeld von Nachbarn oder dem Hausmeister bzw. in der Schule.

Im Bereich der privaten Dienstleistungen sahen sich die Betroffenen v.a. beim Einkaufen mit rassistischen Ungleichbehandlungen oder Belästigung konfrontiert,

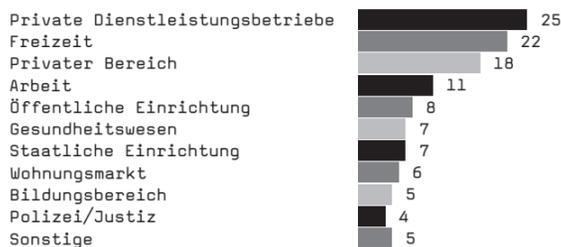
z. B. durch belästigende Kontrollen und Verdächtigungen durch Verkaufspersonal oder durch die Weigerung, Menschen ohne deutschen Pass ein Handy zu verkaufen.

Im Bereich Wohnungsvermittlung und Wohnumfeld wirkte sich die Herkunft der BewerberInnen negativ für sie aus, insbesondere bei der Wohnungssuche und im Verhältnis zu Nachbarinnen und Nachbarn.

Ebenfalls in den Bereichen Gesundheitswesen, öffentliche Einrichtungen oder Arbeit häuften sich Fälle rassistischer Diskriminierung und Ungleichbehandlung,

\* »In der Rechtsantragsstelle kann nur ein Schein erteilt werden, wenn der Antragsteller die deutsche Sprache versteht.«

**Sozialer Bereich der Diskriminierung**



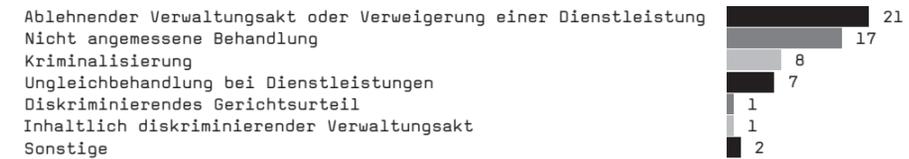
Die Vorfälle lassen sich ihrer Äußerungsform nach in strukturelle bzw. institutionelle Diskriminierung und nach individuellen Benachteiligungen und Übergriffen klassifizieren. Zuweilen ist es bei institutioneller Diskriminierung nicht einfach zu unterscheiden, ob nun in einer Institution, Behörde oder Firma generell rassistische Praktiken zum Alltag gehören oder ob die rassistischen Einstellungen der zuständigen Einzelperson der Grund für die Benachteiligung ist. Diese Fälle wurden dem Bereich institutionelle Diskriminierung zugeordnet. So verweigerte z. B. eine Mitarbeiterin des Amtsgerichtes einem jungen Mann die Ausstellung eines Beratungshilfescheins: obwohl er von seiner Rechtsanwältin alle nötigen Angaben auch schriftlich dabei hatte, blieb sie bei der Aussage, dass es nur für Personen, die Deutsch können, diesen Schein gäbe. Nicht angemessene Be-

handlungen waren z. B. das Duzen bei Behörden oder herablassendes, abfälliges Verhalten und Äußerungen eines Arztes bei einer Untersuchung einer Betroffenen. Fälle von Kriminalisierung waren z. B. belästigende Taschenkontrollen in einem Supermarkt durch den dort tätigen Detektiv. Dieser trat der so kontrollierten Person gegenüber sehr aggressiv auf und unterstellte ihr als »Ausländerin« ein kriminelles Potential.

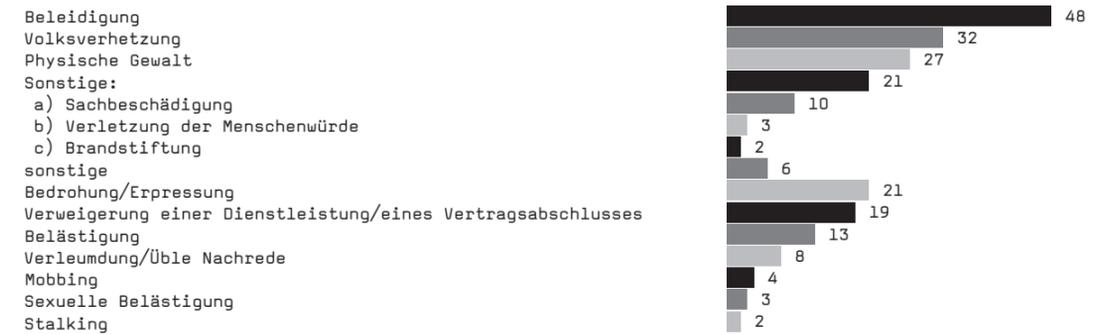
Bei den individuellen Diskriminierungen, hinter denen also konkrete Personen stehen, treten Beleidigung, Volksverhetzung und auch physische Gewalt gehäuft auf. Häufig wurde auch eine Dienstleistung verweigert: z. B. traten gehäuft Fälle auf, in denen Elektrofachgeschäfte den Kauf eines Handys (ohne Vertrag) verweigerten, wenn der Kunde keinen deutschen Pass vorzeigen konnte.

**Äußerungsformen der Diskriminierung (Mehrfachnennung möglich)**

a) institutionelle/strukturelle Diskriminierung



b) individuelle Diskriminierung



Teilweise war es schwierig, bestimmte Punkte zu erfassen, die für eine Auswertung relevant sein könnten, z. B. das Alter der Betroffenen oder Angaben zur beschuldigten Person.

**Hürden für Betroffene**

Durch die Gespräche mit den Betroffenen wurde deutlich, dass die Inanspruchnahme der Beratungsangebote, des vorhandenen Rechtsschutzes und ein Vorgehen gegen die Beschuldigten keinesfalls als selbstverständlich gilt. Mehrfach wurde erklärt, dass von der Veröffentlichung der Problematik/der Vorfälle abgesehen wird. Weiterhin kommt dazu, dass im Umfeld der Betroffenen häufig davon abgeraten wird, etwas zu unterneh-

men. Diese Ratschläge kommen von FreundInnen und Bekannten, darüber hinaus auch von Behörden und Polizei. Die Chancen darauf, Recht zu bekommen, seien gering. Dazu müsste man mit zusätzlichen Problemen und Schwierigkeiten rechnen. Diese Ansicht ist unter Migrantinnen weit verbreitet. Wir interpretieren diese Erfahrungen als deutlichen Hinweis darauf, dass die Anzahl der recherchierten Fälle nur einen kleinen Ausschnitt aus den tatsächlichen Vorkommnissen darstellt. Die Zugangsbarrieren sind sehr hoch gesetzt.

Wo liegen die Hürden für Betroffene, sich gegen rassistische Diskriminierung zu wehren? Für die mangelnde Nutzung von Hilfsangeboten bzw. die mangelnde Rechtsdurchsetzung gibt es vielfältige Erklärungen:

- Bisher gibt es in Deutschland keine Kultur der Antidiskriminierung, wie sie sich beispielsweise in den angelsächsischen Ländern etabliert hat. Dort ist es für die Betroffenen selbstverständlicher, Diskriminierung offen zu legen und sich dagegen zu wehren.
- Bestehende Rechte, gegen Diskriminierung vorzugehen, sind nach wie vor wenig bekannt.
- Bei vielen Diskriminierungsopfern gibt es Bildungsbarrieren, sie könne sich nicht mit den rechtlichen und prozessualen Möglichkeiten aus.
- Oft werden Beweisschwierigkeiten vorweg genommen, insbesondere, wenn die wahren Beweggründe für die Ungleichbehandlung nicht offen gelegt werden.
- Ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Betroffenen und der beschuldigten Person führt oft zu Angst, dass ein Vorgehen gegen die Diskriminierung weitere Nachteile nach sich zieht, z. B. zum Vermieter oder zum Arbeitgeber.
- Ein Grund, seine Rechte nicht einzufordern, besteht im mangelnden Vertrauen in institutionelles Handeln und ein wenig ausgeprägtes Rechtsbewusstsein bei vielen Betroffenen.
- Bei Betroffenen mit Migrationshintergrund kommen oft ökonomische Barrieren hinzu. Ihnen ist nicht bekannt, dass sie Anspruch auf einen Beratungshilfeschein oder Prozesskostenhilfe haben.
- Schließlich sind große Hürden die Scham, Opfer von Diskriminierung geworden zu sein, und die Angst vor erneuter Stigmatisierung.

Wichtig ist es daher zunächst zu erkennen und anzuerkennen, dass Menschen Erfahrungen mit rassistischer Diskriminierung machen, auch wenn sie diese nicht in jedem Fall öffentlich machen oder dagegen vorgehen. Sich gegen Diskriminierung zu wehren, ist für die Opfer mitunter sehr schwer: sie müssen sich wiederholt mit schmerzhaften Erfahrungen auseinandersetzen, sie müssen Zeit und Kraft investieren, die Auseinandersetzung kann kostspielig für sie werden, die Erfolgsaussichten sind zuweilen gering. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Situation durch den verbesserten Rechtsschutz des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ändert.

Konsequenz daraus ist, dass ein aktives Vorgehen gegen Rassismus aus der Mehrheitsgesellschaft heraus erfolgen muss: nicht erst das Mandat der von Rassismus Betroffenen muss Anstoß zu handeln sein, sondern das Wissen, dass es in bestimmten Bereichen gehäuft zu rassistischer Diskriminierung kommt. Es liegt in der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, gegen Rassismus vorzugehen.



#### Ausblick

Nach einem Jahr Laufzeit und der Auswertung der Ergebnisse bleibt die Frage, ob auf diese Weise die persönlichen Rassismuserfahrungen der Betroffenen erfassbar werden. Als problematisch hat sich einerseits erwiesen, von Vorfällen aus dem Alltag der Betroffenen zu erfahren. Denn sehr wenig Menschen suchen wegen scheinbarer »Kleinigkeiten« Hilfe bei Beratungsstellen oder Vereinen und Initiativen. Ein Teil der Vorfälle kam erst nach gezieltem Nachfragen zur Sprache.

Ein weiteres Problem war, dass viele der angesprochenen Vereine, Initiativen oder Beratungsstellen zwar bestätigten, dass ihnen Betroffene »nebenbei« auch Erfahrungen mit Rassismus erzählen und dass sie es als wichtig erachten, diese Fälle zu dokumentieren. Ihnen hätte allerdings schlichtweg die Zeit gefehlt, diese Fälle neben der alltäglichen Arbeit und einer allzu oft mehr als knappen Personaldecke zu dokumentieren.

Eine weitere Konsequenz unserer Auswertung ist, dass ein allzu detaillierter Erfassungsbogen die zeitlichen und personellen Ressourcen vieler Beratungs- und Anlaufstellen mit MigrantInnenbezug überfordert. Der von den Projektpartnern entwickelte Erfassungsbogen

erfragt zwar eine Fülle von Daten und Angaben. Er hat sich allerdings für das direkte Ausfüllen durch Betroffene als zu lang, kompliziert und technokratisch erwiesen. Zum anderen wird ein statistisches Datenformular der persönlichen und emotional stark aufgeladenen Erzählung von eigenen Erfahrungen mit Diskriminierung oder gar Gewalt oft nicht gerecht.

Zur Verbesserung der Falldokumentation haben deshalb das Antidiskriminierungsbüro Leipzig und die Opferberatung Leipzig eine übersichtlich und klar strukturiertes Online-Formular »Diskriminierung melden« erarbeitet. Hier können Betroffene direkt und auf Wunsch anonym die Vorfälle schildern und bei Bedarf um Unterstützung bitten.

Dieses niedrigschwellige Angebot soll in den nächsten Monaten allgemein bekannt gemacht werden. Die Vorlage wird nach und nach in verschiedene Sprachen übersetzt und kann auch von Beratungsstellen oder von Menschen, die Diskriminierung beobachten genutzt werden. Geplant ist weiterhin, Papier-Varianten zu erstellen und über bestehende Netzwerke der MigrantInnen und Antirassismuserbeit zu verteilen.

# Gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten: Kommunale Antidiskriminierungsarbeit

## Komplexe Probleme, kommunale Lösungen

Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass rassistische Diskriminierung in verschiedenen Dimensionen auftritt:

- 1.) als individuell diskriminierende Handlung einzelner Menschen,
- 2.) als diskriminierende Struktur, z. B. in Gesetzen oder in Verwaltungsverfahren
- 3.) als Diskriminierung auf der Ebene der Öffentlichkeit, z. B. in stereotypen Bildern über »die Fremden« und in politischen Debatten, in denen Einwanderung skandalisiert wird.

Antidiskriminierungsarbeit muss an allen drei Ebenen gleichermaßen ansetzen. Dabei spielen die Städte und die Kommunen eine zentrale Rolle, denn die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft wird wesentlich in den Stadtteilen entschieden. Und Integration kann nun einmal nicht von Chancengleichheit und wirksamem Schutz vor Diskriminierung getrennt werden. Gleichzeitig ist die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin verpflichtet, Chancengleichheit und Gleichberechtigung zu gewährleisten.

## Kommunale Kontexte von Diskriminierung

Um Schritte zur Überwindung von Diskriminierung und Ausgrenzung zu entwickeln, ist es wichtig anzuerkennen, dass Diskriminierung nicht auf der mangelnden Integrationsfähigkeit von MigrantInnen beruht, sondern auf strukturellen und individuellen Widerständen gegen die Gleichbehandlung der Eingewanderten.

Antidiskriminierungsarbeit in der Kommune zu fördern, ist daher ein voraussetzungsvolles Unterfangen. Es zielt auf eine Verfahrensweise, die sich nicht nur an die diskriminierte Minderheit richtet, sondern auch an die diskriminierende Mehrheit, die ein Kompetenzdefizit im Umgang mit Einwanderung aufweist. Integrationsleistungen müssen also auch von der deutschen Mehrheitsgesellschaft erbracht werden. Behörden, Verwaltung,

Bildungseinrichtungen und politisch engagierte Initiativen stellen in diesem Prozess wichtige Mittler dar.

Auf der **individuellen Ebene** muss vermittelt werden, dass plurale Lebensformen im kommunalen Raum begrüßenswerte Normalität sind und nicht mit Diskriminierung bestraft werden dürfen. Die interkulturellen Kompetenzen der angestammten Bevölkerung müssen gestärkt werden, sei es in ihrer Rolle als NachbarIn oder als MitarbeiterIn einer Behörde. Gleichzeitig muss deutlich werden, dass diskriminierte Menschen bei der Durchsetzung dieser Rechte ernstgenommen und unterstützt werden müssen, weil das Recht auf Gleichbehandlung für alle EinwohnerInnen gleichermaßen gilt.

Was die **strukturelle Ebene** angeht, bedarf es einer Öffnung all jener Institutionen, die das Leben im urbanen Alltag regeln. Ohne Teilnahme am Bildungssystem keine Bildung, am Arbeitsmarkt kein Lebensunterhalt, am Gesundheitssystem keine ärztliche Betreuung, ohne Zugang zum Wohnungsmarkt keine Wohnmöglichkeit, zum Freizeitangebot keine kulturelle Teilhabe, zur Wahlurne keine politische Teilhabe. Erst vor dem Hintergrund dieser ökonomischen, sozialen und politischen Systeme entwickeln die BewohnerInnen ihre spezifischen Wege, um sich im urbanen Alltag zu arrangieren. Dabei nehmen sie natürlich auch Bezug auf unterschiedliche lebensweltliche bzw. soziale Milieus, in denen sie ihre Interessen repräsentiert sehen. In diesem Sinne sollte die Antidiskriminierungsarbeit verstanden werden als Querschnittsaufgabe für alle wichtigen Lebensbereiche von MigrantInnen in der Kommune. Eine zukunftsweisende integrative Politik benötigt eine Koordination zwischen den Institutionen und Ressorts sowie eine Verzahnung von Stadtplanung-, Bildungs-, Kultur-, Sozial-, Gesundheits-, Beschäftigungs- und Wohnpolitik.

Auf der **Ebene der politischen Öffentlichkeit**, sei es am Stammtisch, im Stadtparlament oder im Bürgerversammlung, wird der gesellschaftliche Zusammenhalt diskursiv gesichert. Auf dieser Ebene wird also entschieden, wer »dazugehört«. Ein Beispiel dafür ist das Reden über »die Ausländer«. BewohnerInnen werden nicht als zugewandert oder zugereist wahrgenommen, sondern als nicht dazugehörig, zugespitzt: über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Akzeptiert man die neuen BürgerInnen jedoch nicht als Zugewanderte, sondern als »Ausländer«, stellt sich kein selbstverständlicher Umgang mit ihnen ein. Spiegelbildlich finden sich die »Nichtdeutschen« im kommunalen Leben kaum repräsentiert. In der Verwaltung, in der Kommunalpolitik und der kommunalen Medienlandschaft sind Menschen mit Migrationshintergrund immer noch die große Ausnahme.

## Anerkennung, Gleichstellung, Partizipation: Einzelmaßnahmen gegen Diskriminierung

Eine konkrete Antidiskriminierungsarbeit in der Kommune sollte vor diesem Hintergrund folgende Punkte berücksichtigen, die auch vom Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus<sup>1</sup> aufgenommen wurden:

### 1. Wachsamkeit gegenüber Rassismus und Diskriminierung

- Auseinandersetzung mit den rechtlichen, bürokratischen und institutionellen Mechanismen in den verschiedenen, von der Kommune organisierten und betreuten Systemen, angefangen vom Bildungssektor über die ARGE bis hin zu infrastrukturellen Fragen
- Überprüfung von Verfahrensregeln und Ausschreibungen auf unmittelbar und mittelbar diskriminierende Wirkungen
- Zusammenführung der Daten, Formulierung erreichbarer Ziele und Entwicklung von Indikatoren, um die Wirkung der kommunalen Maßnahmen bewerten zu können
- Einbeziehung der Erfahrungen von Betroffenen und ihrer UnterstützerInnen
- Ziel: Antidiskriminierung als dezernatsübergreifende Aufgabe
- Durchführung und Unterstützung von Kampagnen gegen Rassismus und Diskriminierung
- Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus



### 2. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung

- Einrichten einer kommunalen Antidiskriminierungsstelle mit niedrigschwelligem Zugang
- Zusammenarbeit mit Ämtern und Behörden (z. B. Ordnungsamt)
- Förderung örtlicher Einrichtungen, die Opfern rechtlichen und psychologischen Beistand leisten
- Disziplinarmaßnahmen gegen MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, die sich rassistischen Verhaltens schuldig gemacht haben
- Bessere Information der BürgerInnen über ihre Rechte und Pflichten, über Schutzmaßnahmen, rechtliche Möglichkeiten und Sanktionen bei rassistischem Verhalten
- Akquise von Bundes- und Landesmitteln zur finanziellen Absicherung kommunaler Antidiskriminierungsarbeit

### 3. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin

- Verabschiedung einer städtischen Antidiskriminierungsrichtlinie
- Bürgernähe und Kundenorientierung auch als Leitbild im Umgang mit MigrantInnen etablieren und kontrollieren
- Förderung interkultureller und sprachlicher Kompetenz und Maßnahmen zum Abbau von Rassismus in der Stadtverwaltung und in Behörden
- verständliches und übersichtliches Informationsmaterial in Behörden, öffentlichen Einrichtungen und Bürgerämtern

<sup>1</sup> [www.unesco.org/shs/citiesagaingstracism](http://www.unesco.org/shs/citiesagaingstracism)

- Förderung der Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung

- verstärkter Austausch von Behörden und Interessenvertretungen von Binationalen und MigrantInnen

#### 4. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen

- Aufnahme von Anti-Diskriminierungs-Bestimmungen in städtische Verträge und bei der Vergabe von Lizenzen (z. B. Gaststätten, Diskotheken etc.)

- Entwicklung von Leitlinien oder Verhaltenscodices für städtische und private Unternehmen, die auf dem Immobilienmarkt tätig sind, um Diskriminierungen bei Vermietung und Verkauf von Wohnraum zu bekämpfen

- Unterstützung diskriminierter Personen bei der Suche nach Wohnraum

- Öffentliche Auszeichnung von örtlichen Unternehmen, die Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung aktiv unterstützen

- spezifische Fördermaßnahmen für MigrantInnen zwecks Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt

- Entwicklung von Maßnahmen gegen ungleiche Bildungs- und Erziehungschancen

- Förderung von Toleranz und interkultureller Verständigung durch Bildung und Erziehung: interkulturelle Ausrichtung in Schulen, Kitas und Jugendclubs sowohl in der Personalstruktur als auch in Methoden und Inhalten

#### 5. Darstellung von interkultureller Vielfalt als Normalität im städtischen Leben

- Förderung der Herstellung medialen Materials, das es den von Rassismus und Diskriminierung betroffenen Bevölkerungsgruppen ermöglicht, ihre Anliegen und Erfahrungen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen

- Regelförderung von Projekten, die die Vielfalt der städtischen Bevölkerung repräsentieren

- Hinterfragen der Begrifflichkeiten »Ausländer« und »Ausländerfeindlichkeit«, die dazu führen, dass nur bestimmte ethnische Unterschiede ins Blickfeld rücken und die auf eine ausgrenzende Vorstellung einer homogenen deutschen Kultur abstellen

- Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen in lokalen Medien und im lokalen Rundfunk, nicht nur im Rahmen eines Kriminalisierungs- bzw. Kulturalisierungsdiskurses, sondern als normaler Bestandteil der Bürgerschaft

#### 6. Faire politische Partizipation für alle gesellschaftlichen Gruppen

- Einrichtung eines mit Mitbestimmungskompetenzen ausgestatteten MigrantInnenbeirates zur Interessenvertretung

- Vertretung von MigrantInnen in anderen Gremien und Beiräten, um fehlende Partizipationsmöglichkeiten mangels Wahlrechts auszugleichen

## Was tun bei rassistischen Vorfällen?

Welche praktischen Schritte können Betroffene bei rassistischer Diskriminierung gehen?<sup>1</sup>

Betroffene sollten zunächst versuchen, in der konkreten Situation ruhig und sachlich zu bleiben, so ungerecht das Verhalten auch empfunden wird. So wird sichergestellt, dass den Betroffenen ihrerseits nicht später der strafrelevante Vorwurf der Beleidigung oder aber auch der Körperverletzung gemacht werden kann.

Es ist zu empfehlen, zur **Beweissicherung** ein **Gedächtnisprotokoll** mit folgenden Inhalten anzufertigen:

- **Wo und wann** hat der Vorfall stattgefunden? (z. B. am Eingang der Disco, Datum, Uhrzeit)
- **Was** genau ist passiert? (z. B. Verweigerung des Zutritts verbunden mit dem Hinweis, dass schon genug Araber in der Disco seien)
- Wer war an dem Vorfall beteiligt bzw. von wem ging das diskriminierende Verhalten aus? (z. B. Security, Geschäftsleitung)
- Gibt es **Zeugen** oder **Zeuginnen**, die den Vorfall beobachtet haben bzw. **Schriftstücke**, aus denen die diskriminierende Handlung hervorgeht? Mögliche Zeugen und Zeuginnen sollten sofort mit der Bitte angesprochen werden, den Vorfall zu bestätigen. Zu achten ist auf den Austausch der Namen und Telefonnummern.
- **Warum** erfolgte eine derartige Behandlung? An welchen Handlungen und Äußerungen konnte der/die Betroffene erkennen, dass das zuvor beschriebene Verhalten aufgrund der Herkunft, Hautfarbe oder Sprache erfolgte?

Zur emotionalen und praktischen **Unterstützung** sollte über das Erlebte mit Vertrauenspersonen aus dem Freundeskreis oder der Familie gesprochen werden.

Eine zeitnahe (innerhalb der nächsten zwei Monate nach dem Vorfall) möglichst schriftliche **Beschwerde** gegenüber der diskriminierenden Person über das be-

anstandete Verhalten und dem Wunsch auf Wiedergutmachung sichert zum einen mögliche zivilrechtliche Ansprüche auf Schadensersatz. Zum anderen wird der diskriminierenden Person das Verhalten nochmals vor Augen geführt und möglicher Weise der Weg für eine außergerichtliche Beilegung bereitet.

Zum Verfassen der **Beschwerde** und zur Entwicklung einer weiteren Handlungsstrategie sollte der/die Betroffene eine Beratungsstelle aufsuchen. Ist dem/der Betroffenen keine spezialisierte Beratungsstelle bekannt, sollte er/sie sich an eine Stelle des Vertrauens wenden, die ihn/sie dann an eine spezialisierte Stelle wie z. B. das Antidiskriminierungsbüro Sachsen oder die Opferberatungsstelle der RAA Leipzig weiter vermittelt.



Folgende Leistungen bieten o. g. Stellen an:

- **Begleitung und Unterstützung**  
Gemeinsam mit der/dem BeraterIn wird die weitere Vorgehensweise besprochen. Es kann entweder außerge-

<sup>1</sup> In Anlehnung an: Guide to Equal Treatment in the Private Sector, GET in, Ungleichbehandlungen als Kunde/Kundin erkennen und dagegen vorgehen. Mehr Informationen unter: [www.getin-online.net](http://www.getin-online.net)  
Erhältlich bei ARIC-NRW e.V., Friedenstraße 11, 47053 Duisburg, Tel.: 0203-28 48 73, E-Mail: [Reiners@aric-nrw.de](mailto:Reiners@aric-nrw.de)

richtlich eine befriedigende Lösung gefunden oder/und auch eine Klage bei Gericht erhoben werden. Der/die Betroffene erhält außerdem emotionale Unterstützung.



#### • **Rechtsberatung**

O. g. Beratungsstellen können Rechtsberatung an auf Antidiskriminierungsrecht spezialisierte Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen vermitteln. Diese helfen dabei z. B. Ansprüche auf Schmerzensgeld, Unterlassung oder auch Schadensersatz gerichtlich geltend zu machen. Wer sich wegen Diskriminierung an die Gerichte wendet, hat keine rechtlichen Nachteile zu befürchten. Insbesondere haben Klagen unter Bezug auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz keine nachteiligen Auswirkungen z. B. auf den Aufenthaltsstatus.

Die anfallenden Kosten des Rechtsstreits können bei mittellosen Personen über Beratungs- und Prozesskostenhilfe erstattet werden.

#### • **Konfliktvermittlung**

Wenn es der/die Betroffenen wünscht und auch die Gegenseite dazu bereit ist, kann mit Hilfe einer Vermittlerin ein klärendes Gespräch geführt werden. Das macht vor allen Dingen dann Sinn, wenn beide Seiten auch in Zukunft miteinander auskommen müssen (z. B. am Arbeitsplatz, im Wohnbereich, in einer leistungsgewährenden Behörde).

#### • **Öffentlichkeitsarbeit**

Ist die Konfliktvermittlung nicht realisierbar bzw. nicht gewünscht bzw. führt nicht zum angestrebten Ziel, kann mit Hilfe der Medien öffentlicher Druck erzeugt bzw. auf strukturelle Missstände aufmerksam gemacht werden.